

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-Anzeiger

65. Jahrgang.

Amtsblatt für die Königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rosberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von C. G. Rosberg in Frankenberg i. Sa.

Ergebnis an jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1 M 50 R., monatlich 80 R. Trägerlohn egra. — Einzelnummern laufenden Monats 5 R., früherer Monate 10 R. Bestellungen werden in unserer Gelehrtenstelle, von den Boten und Ausgabestellen, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Österreichs angenommen. Nach dem Auslande Verland wöchentlich unter Kreuzband.

Ankündigungen sind rechtzeitig aufzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabetages. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden.

51. Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Ausgabenpreis: Die 5.-gep. Petitzelle oder deren Raum 15 R., bei Postal-Anzeigen 12 R.; im amtlichen Teil pro Seite 40 R.; Eingelände im Redaktionsteile 30 R. Für schwierige und tabellarischen Satz Aufschlag für Wiederholungsabdruck Verminderung nach bestehendem Tarif. Für Nachweis und Offerten-Annahme werden 25 R. Extragebühr berechnet. Inseraten-Annahme auch durch alle deutschen Annonsen-Epeditionen.



Wiederum hat der unerbittliche Tod einen unsrer treuesten Mitbürger und Vertreter der Stadt dahingerafft. Nach monatlangem, schwerem Leiden ist heute Morgen

Herr Stadtrat Justizrat Wilhelm Ernst Theodor Reinholdt, Rechtsanwalt und Notar,

Ritter des kgl. sächs. Albrechtsordens I. Kl.

zur ewigen Ruhe heimgegangen.

Tieftrauernd stehen wir an der Bahre dieses von uns hochgeschätzten und verehrten Mannes. Seit Beginn des Jahres 1870 hat er der Stadtvertretung angehört, zunächst bis Ende 1874 als Stadtverordneter, von da ab als Stadtrat; insbesondere hat er als Vorsitzender des Sparkassenausschusses anderthalb Jahrzehnt lang der Wirklichkeit der städtischen Sparkasse Richtung und Ziel gegeben, und seit Gründung der Realschule hat er in der dieser Anstalt vorgeordneten Kommission mit vollem Verständnis für die idealen Aufgaben dieser Schule seine Kraft eingesetzt. Er ist jeder Zeit ein treuer, farsamer, peinlich gewissenhafter Berater der Stadt gewesen; seine glänzenden Geistesgaben, seine reiche Erfahrung hat er ihr in vollstem Umfange und mit dem lebhaftesten Interesse gewidmet. Und was ihn uns so besonders lieb und wert gemacht hat, das war die tiefste Lauterkeit seines Wesens, der strenge Gerechtigkeitsinn, die nieversagende Hilfsbereitschaft und die wohltragende Milde und Liebenswürdigkeit. Als ein ganzer Mann und als ein Mensch mit einer reichen Seele, so steht der Heimgegangene vor uns und wird fortleben in uns, die wir so lange mit ihm haben wirken dürfen.

Nie erlöschende Dankbarkeit wird die Stadt Frankenberg und ihre Vertretung dem Entschlafenen bewahren.

Frankenberg, den 28. März 1906.

Der Stadtrat.

Dr. Irmer.

Die Stadtverordneten.

Dr. Bähr.

Bekanntmachung für Niederlichtenau.

In Gemäßheit der bestehenden Vorrichtungen werden alle Personen, welche an häufiger Ort ihre Einkommensteuerpflicht oder ihre Ergänzungsteuerpflicht zu erfüllen haben, denen aber bis jetzt die Steuerzettel nicht haben behandigt werden können, hiermit aufgefordert, wegen Mitteilung des Einkommensergebnisses sich bei der hiesigen Gemeindebehörde zu melden.

Niederlichtenau, am 27. März 1906.

Der Gemeindevorstand dasselb.

Die Aufgabe von Inseraten

ersuchen wir im Interesse der rechtzeitigen Fertigstellung und Ausgabe unseres Blattes gefälligst so zeitig als möglich erfolgen zu lassen. Größere Inserate erbitten wir bis vormittags 9 Uhr, während kleinere Inserate bis 11 Uhr mittags Aufnahme finden. Für später einlaufende Anzeigen können wir eine Garantie des Abdrucks in der bezüglichen Abendnummer nicht übernehmen.

Expedition des Frankenberger Tageblattes.

Ein Bröckchen „russische Geschichtsfälschung“.

Unter dem Titel „Ungesogenheiten“ veröffentlicht die „Tgl. Russisch.“ einen ihr aus Petersburg zugegangenen Artikel. Vor Jahren erscheint, beginnt der für jeden interessante Aussatz, brachte die alte ehemalige Zeitungsdame „Provinzialnewy Winit“ ein Kindlein zur Welt, das den Namen „Russkoje Gschadarkow“ erhielt. Diese Entwicklung der biedersten alten Zeitung, die bis dahin den höchst anständigen Lebenswandlungen eines amtlichen Reichsangebers geführt und in braver Unverdrossenheit Tag für Tag der Menschen von Offiziären, Besoldeten, Odenberleihungen und gerichtsamtlichen Möbelvorschriften erzählt hatte, erzeugte damals nicht geringes Aufsehen. Für den Unterhalt des neuen Zeitungswesens war von der russischen Regierung das runde Säumchen von anderthalb Millionen Mark jährlich ausgegriffen. Man fragte sich nicht mit Unrecht, was wohl den Vater der russischen Staatsmaschine bewogen haben möchte, zu einer Zeit, wo die Staatsklassen immer magischer werden, Millionen Gelder in Deutscher Weise umzuschaffen. Der Ministerpräsident — so erzählte man sich in Kreisen, die es wissen können, aus Erklärung — habe das Bedürfnis empfunden, umbeleumert sei die sonstigen bereits bestehenden allgemeinen Deutzezeugnisse, die unregelmäßige Preßorgan zu bespielen.

Diesjenigen, die dieser Ansicht waren, hatten bestimmt recht. Wer daran noch zweifelte, konnte sich eines Besseren belehren lassen, als das Sünderkind, kaum geboren, Kübel von Unrat über Timofejew und Kuttler ausgoß, die damals noch Ministerpräsident waren. Von Regierungsgeldern unterhalten, in der Regierungsschule hergeleitet und von dem „Märchen für alles“ des Grafen Witte, Gurjew, geleitet, hängt das „Russkoje Gschadarkow“ an den Rockschößen des Grafen, und dieser ist daher schlechterdings für jede Zeile, für jedes Wort verantwortlich, wozüber die — glücklicherweise spärlichen — Seiten des Witte-Blattes seit Wochen staunen und den Kopf schütteln.

Eine geradezu standölige Ungesogenheit hat dieses Blatt schon begangen. In einem Aussatz, „Die deutsche Presse über Russland“ heißtelt, schlägt das amtliche Wiederkind einen Ton an, der vielleicht vor einem halben Jahrhundert, wo Zar Nikolai I. sich den „Gouverneur Preußens“ nennen zu dürfen glaubte, an der Rama üblich gewesen sein möchte, heutzutage aber nicht anders als eben ungezogen bezeichnet werden muss. Uebrigens handelt es sich in diesem russisch-päpstlichen Aussatz eigentlich gar nicht um die deutschen Blätter. Die Section soll nicht den deutschen Männern der Deutschen Schule, sondern Deutschland erteilt werden. Darum dürfen die sowohl der Form als dem Inhalte nach unerhörten Angriffe des Ablegers des russischen Reichsanzeigers nicht ohne Erwiderung bleiben.

Beim Lesen der preßigen Seiten des „Russkoje Gschadarkow“

überkommt einen ein Schamgefühl ob der mangelschönen Geschichtskenntniß, die einem Mittels- und Hochschule, Studium und Leben bisher gegeben haben. Wer hätte sich im Traume einfallen lassen, daß Preußens und Deutschlands so viel Wohlthaten von Seiten Russlands erhalten haben, ja, daß das Deutsche Reich eigentlich nur deshalb aus der Bande Europas verzeichnet steht, weil das gutmütige Russland nichts dagegen hat. So steht es fast wörtl geschrieben in Wittes Zeitung. Das Blatt erinnert vor allem daran, daß während der Märztag des Jahres 1848 Russland sich völlig ruhig verhalten habe, „obwohl die russische Bureaucratie damals mehr denn je die Möglichkeit gehabt habe, der preußischen Reaction zu Hülfe zu kommen“. Man kann da den Zitiertheilbaren um Witte nur den guten Rat ertragen, ein gutes Geschichtsbuch durchzulesen; sie würden dann finden, daß das Kolonialische Russland, mit dem ungarnischen Abenteuer auf dem Halse und am Vorabende des Krimkrieges, beim schlechtesten Willen nicht in der Lage war, „der preußischen Reaction zu Hülfe zu kommen“. Dazu will der Preisnehmer des Grafen Witte den Deutschen wirklich glauben machen, daß Zar Nikolai I. während des Jahres achtundvierzig nur deshalb seine Armeeforce nicht mobilisiert hat, weil er auf Seiten der damaligen deutschen Freiheitsbewegung gestanden?

Weit ernster als diese geschichtliche Entgleisung hört sich der zweite Soll-Posten aus dem Schulbuch Deutschlands an, den der amtliche russische Zeitungsmann mit der Judentümlichkeit eines Wachters präsentiert. „Russlands Neutralität“, heißt es da, „jetzt im Kampfe Preußens mit Österreich und während des französisch-preußischen Krieges, hat Preußens in die Möglichkeit vorgezeigt, die führende Stellung unter den deutschen Einzelstaaten einzunehmen und Deutschland zu einigen“. Man weiß wörtl nicht, worüber man mehr staunen soll: über den gänzlichen Mangel auch nur elementärer geschichtlicher Bildung oder über den Überfluss an schlechter Erziehung. Wie würde man in Russland sagen, wenn in der „Rodd. Russ. Tg.“ eines Tages zu lesen stände, daß Russland schon längst aufgehoben haben würde, auch nur ein geographischer Begriff zu sein, wenn im Jahre 1877 preußische Grenadiere über die Weichsel gezogen wären, oder wenn gar im Jahre des russischen Unheils 1905 auch nur unsere Armeekörper von Königsberg und Breslau einen Bogen nach dem Osten geschnürt hätten? Es tut nicht gut, wenn gerade das Russland von heutzutage einen Rechnungsbuchzug aus dem politischen Geschäftsbüchern der jüngsten Jahre in Berlin vorlegen zu dürfen glaubt. Denn wir könnten dann mit einer Regenerierung kommen, die den Herren Russen höchst unangenehm sein dürfte. Unsere östlichen Nachbarn stehen denn doch bei uns recht tief in der Reihe, und man versäume in Petersburg recht weise, wenn man die Hand von den Bilanz-Aufstellungen ließe.

„Und womit vergilt uns die deutsche Presse?“, fragt dann das russische Blatt, nachdem es alle Wohlthaten aufzählte,

die Russland den armen, unglücklichen Deutschen in seiner überreichen Güte mit Zeichnungen erweist. „Die deutsche Presse beschäftigt sich damit, daß sie Unfrieden zwischen den Deutschen und den Russen hat.“ Nun folgt ein ellenlanges Sündenregister: „Die deutsche Presse habe sich über die russischen Schlosser in der Mandchurie gefreut, habe die innerpolitischen Vorgänge in Russland einseitig behandelt, die staatlich-finanziellen Schwierigkeiten Russlands „unehrlich“ (noblagowidno) ausgebeutet, die amtlichen russischen Richtstellungen unterschlagen“ u. dgl. m. Und nachdem wir unser Teil wegbekommen, ermahnt uns der Offiziellus zur Gnade; wir sollen „mit Sichtur (wörtl!) die Macht des russischen Staatsorganismus“ betrachten, denn „dadurch würden wie nicht nur Russland, sondern auch Deutschland einen Dienst erweisen“.

Wie hängen, meint dazu die „Tgl. Russ.“, diese unserstorzenen, preßigen Auslassungen des amtlichen Organs der derzeitigen russischen Regierung niedriger, um zu zeigen, wie tief die politische Moral gegenwärtig dort gesunken ist. Eines Kommentars oder gar einer Entgegnung sind diese Ungesogenheiten nicht würdig. Solche Worte magt ein russisches Amtsblatt zu schreiben zu einer Zeit, wo russische „Patrioten“ in Gegenvort und unter einem Protektorat der russischen Regierungskommission in ihren Volksversammlungen „Nieder mit den Deutschen!“ brüllen, wo in der Deuderei des Petersburger Polizeipräsidiums hergestellt, von der Petersburger Benkurbude beglaubigtes Blatt die russische Revolution den Deutschen in die Schule schickt und wo russische Generale und Geheimnisse einen all-slavischen Kongress nach Prag einberufen, um „gegen die deutschen Großherzöge“ Stellung zu nehmen.

Nebenbei meint Graf Witte sein Amtsblatt, die Petersburger Korrespondenz der deutschen Zeitungen hätten ja zu jeder Zeit die beste Gelegenheit, an amtlichen Stellen die volle Wahrheit über alle Vorfälle zu erfahren. Wörlisch! Graf Witte hat bisher nur einzige und allein vor einem ihm nahestehenden englischen Zeitungsmann auf seinem Herzen keine Mordergrube gemacht. Und gerade der preßig-unanständige, von oben herab behandelnde Ton, in dem das Leiborgan des Grafen Witte über die deutsche Presse zu sprechen beliebt, muß jeden Brüder eines ersten deutschen Blattes davon zurückhalten, mit amtlichen russischen Stellen in Verbindung zu kommen.

Bom Reichstag.

76. Sitzung am 27. März 1906.

Wiederum hat der Kolonialprinz seinen „Materstuhl“ am Bundesratlich eingenommen. Es handelt sich zunächst um die Dualabahn, die erstaunlicherweise ohne die kleinste „Entblößung“, ja sogar ohne das übliche Gleitwort Eisbergers in dritter Lesung bewilligt wird. Nach diesem erstaunlichen Ereignis führt man in

der zweiten Beratung der Flottennovelle fort. Die Sitzung hatte ein überraschendes Schicksal: sie stieg durch den Antrag der freisinnigen Volkspartei auf namentliche Abstimmung auf, da sich die Mehrheit von nur 168 Abgeordneten herausstellte!! Die Debatte hat ganz ungemein ergeben, daß der Antrag Abloß auf Bedingung der Mehrheit der Flottennovelle durch eine Reichsvermögenssteuer keine Rücksicht auf Annahme hat und daß andererseits die Novelle selbst in Sicherheit ist. Von den Konservativen und Freikonservativen über die Wirtschaftliche Vereinigung und das Zentrum bis zu den Nationalliberalen und Freisinnigen wurden Flottenfreundliche Erklärungen abgegeben, die sich nur in der Wärme des Tones voneinander unterschieden. Selbst die freisinnige Volkspartei gab prinzipiell ihre Zustimmung, um freilich durch ihren Sonderantrag, der die Arbeiten der Steuerkommission durchsetzt, sich schließlich in praxi wieder auf das verhaktete Gebiet der Negation zu begeben. Vor der Krisis hielt Abg. v. Oldenburg-Janschau noch eine für einen Blödner merkwürdige Rede. Er sprach sich in einer Art Flottengesetz hinein und hoffte, auf dem Berliner Siegesplatz noch einmal ein Denkmal mit Schiffsschnäbeln errichten zu sehen. Man sieht die Wirkung der Handelsvereinbarungen auf den Patriotismus des Bundes, denn das Wort von der gräßlichen Flotte ist doch noch gar nicht so alt. Als nun zur Abstimmung über den Antrag Abloß gestritten werden sollte, brachte Abg. Müller-Sagan seinen Antrag auf namentliche Abstimmung ein. Die Unterstützung von 60 Stimmen wurde prompt durch das Wohlwollen der Sozialdemokratie gesichert und damit war die Sitzung erledigt. Es waren 168 Abgeordnete anwesend, davon stimmten 68 für den freisinnigen Antrag, 96 dagegen und 5 enthielten sich der Abstimmung; da zur Beschlusshälfte 199 gehörten, mußte die Sitzung verlängert werden. Es fielen harte Worte wegen dieses Vorgehens der Freisinnigen und der Präsident verkündete dieses Resultat mit verhaltinem Zorn.

In dritter Beratung wird die Vorlage wegen der Übernahme der Reichsgarantie für die Kameradenbahnen von Duala nach Namenguba ohne Debatte unverändert endgültig angenommen.

Das Haus setzt dann die zweite Lesung der Novelle zum Flottengesetz fort. Zugleich wird der Antrag Abloß und Beinhorn beraten: Einführung einer Reichsvermögenssteuer zur Deckung der Kosten für die neuen sechs Auslandskreuzer.

Sprahn (Zent.): Ich glaube mich auf die Kellierung beschränken zu können, daß wir vorbehaltlich der Regelung der Deckungsfrage der Vorlage zustimmen. Gegen eine Agitation, die sich nur auf Zothosen stützt, würden wir nicht das Geringste einwenden haben, aber wenn die Herren vom Flottenverein dazu übergehen, unsere Flotte als minderwertig darzustellen und zwar in einer Weise, die selbst das Ausland stupig machen muß, so können wir nur unser liebstes Mithilfegesetz darüber aussprechen. Daß die Notwendigkeit einer Flottenvermehrung gegeben ist, kann nicht bestritten werden. (Beifall im Zentrum.)

v. Richthofen (ton): Wenn der Deutsche Flottenverein in seiner Agitation vielleicht etwas zu weit gegangen ist, so wollen wir ihm das nachsehen; er hat Gutes geschaffen. (Beifall rechts.)

Müller-Sagan (fr. Abg.): Wie stimmen der Vermehrung der Auslandsstreitkräfte an sich zu und sind bereit, die Mittel im Rahmen des Staats zu bewilligen; wie sind aber gegen jede Bindung. Neue Kosten dürfen nicht durch indirekte Steuern den breiten Schichten des Volkes aufgerichtet werden; darum schlagen wir eine Reichsvermögenssteuer vor. (Beifall links)

Graf Arnim (Abg.): Erfreulicherweise ist diesmal die Vorlage ohne die sonst gewohnten Abfälle angenommen worden. Das haben wir einmal der Stimmung im Vorde zu danken, die sich ganz gewiß zugunsten der Flottenvermehrung gewendet hat. Andererseits handelt es sich um die Bildung eines bereits im Jahre 1900 präsentierten Wechsels. Die Erhöhungen der letzten Seckampfe sind in der Debatte noch gar nicht genügend gewürdig worden. Sämtliche Staaten haben ihre Marine noch ganz Erhöhungen einer Revision unterziehen müssen. Demgegenüber bauen wir etwas langsam und gehen auch etwas langsam mit der Erneuerung der Schiffe vor. Wir nehmen die Vorlage an, bedauern aber, daß nicht mehr gefordert ist. Der Flottenverein verzögert ja oft, daß er nicht Gefahr machen kann, sondern nur technische Ziele ins Auge fassen soll; aber trotzdem hat er Großes gewollt. Für niemand kann und soll unsere Flotte eine Bedrohung sein. Wir haben unsere Friedensliebe 35 Jahre bewahrt. Aber die Weltluft steht nicht still, wir müssen gerüstet im Völkerchor Europas sein! (Beifall rechts.)

Müller-Reinhard (fr. Abg.): Wir hoffen, daß die Annahme

Das Majorat.

Roman von Erwin August König.

(57. Bandesausgabe) (Möglichkeit verboten.)
Ritter Tellenbach stützt sich darauf, daß das Recht auf seine Seite ist: "sagte Hermann, "und scheinbar ist dies auch der Fall. Du bist interdisziplinär, der rechtsmäßige Ehe ist im Gefängnis, und Baroness Theodore ist noch minoren. Gegen die Aushebung der Interdiction wird er protestieren, er wird behaupten, Du sieest von Deiner Gesetzeskraft noch immer nicht genehmigt."

"Die Herzeleid werden diese Behauptung widerlegen!" "Um, damit ist's eine heiße Sache," fuhr der Advokat mit bedenklicher Miene fort. "Den damaliger Haushalt lebt noch, er und der Leiter der Kremnitzanwaltschaft werden mit ihrem Gutachten auf der Seite des Gegners stehen; ob nun die Herzeleid, die wir als Sachverständige vorladen, das Urteil ihrer Kollegen umstößen, das ist eine schwer zu beantwortende Frage. Es wird ein langwieriger Prozeß werden, Adelinde, die Herzeleid werden erklären, daß sie Dich längere Zeit beobachteten müssen, um ein sicheres Urteil fällen zu können, und während dieser Zeit wird Tellenbach sich die Güte nicht entziehen lassen."

"Das sind trostlose Aussichten, wenn Dagobert's Unschuld nicht an den Tag kommt."

"Ich habe keine Vertheidigung übernommen und werde noch vor Ablauf dieser Stunde mit dem Untersuchungsrichter reden."

"Sind Entdeckungen gemacht worden, die?"

"Ich weiß es nicht, Adelinde, ich bringe Dir gegen Abend Nachricht. Wer wird die Anordnungen zur Vertheidigung übernehmen?"

"Vielleicht Hauptmann Tellenbach, - er ist mit der Baroness Theodore verlobt."

"Ah, - jowei sind die Dinge schon gebieben? Wirklich verlobt? Das mußte ich noch nicht! - Um so schlimmer für uns."

Hauptmann Tellenbach hat in meiner Gegenwart seinem Vater erklärt, daß er auf das Majorat verzichte."

"Von dieser Erklärung wird der Vater wohl schwerlich abnehmen," sagte Hermann lächelnd, "und von einer Versichtserklärung des Hauptmanns dürfte nach der Verurteilung Dagoberts auch keine Rede mehr sein. Wenn man ein holdes Ehe mit einem elenden Heberzuge antreten kann, schlägt man es sicherlich nicht aus."

"Gott sei find wie ja noch nicht," erwiderte sie, ihm die Hand

unseres Antrages die Annahme der Flottenvorlage wesentlich förderen wird. Nur die leistungsfähigen Schultern sollen die Steigerung der Seeflotte tragen. Darauf, die immer noch das Wort "National" als Schlüsselwort im Munde führen und auspielen, die haben sich gegen eine Reichsvermögenssteuer auf entschieden immer wieder erklärt. Nach unserem Urteil würden 180 000 Besitzer getroffen werden; der ausfließende Betrag läßt sich auf 40 Millionen schätzen; da kann man doch nicht davon reden, daß die großen Vermögen ins Ausland getrieben werden oder die Bauern an den Betrieb verloren. Wie müssen verlangen, daß die bestehenden Klassen, die an der Flottenvermehrung interessiert sind, auch die Opfer bringen; von diesen Herren nicht bloß agitieren, sondern auch ihre eigenen Scheinkräfte auf den Altar des Vaterlandes niederlegen. (Beifall links.)

Staatssekretär Freih. v. Stengel erklärt, von dem Antrag höchst übersicht worden zu sein. (Lachen links.) Seine Vorabschlußungen trügen nicht zu, denn § 6 des Flottengesetzes von 1900 behält auch für diese Novelle seine Gültigkeit. Ich enthalte mich einer näheren Kritik dieses Vorgehens. (Unterlaute links.) Die verbündeten Regierungen aber scheinen jedenfalls die Einführung direkter Reichssteuern rückwärts ab. Ich bitte, den Antrag der Volksparteien abzulehnen.

Liebermann v. Sonnenberg (wirthl. Abg.) erklärt, wir erblicken in dem Antrage der Volkspartei nur eine Rückendeckung für die eventuelle Ablehnung der Flottenvorlage.

Finanzminister v. Rheinbaben gibt seinen ernsten Bedenken gegen den freisinnigen Antrag Ausdruck. Gegenwärtig wie eine Reichsvermögenssteuer für eine Reichsvermögenssteuer für das Reich durchführbar. Ich warne Sie, noch weiter zu gehen, sonst kommt es vielleicht doch noch einmal dazu, auch die minder bemittelten Klassen zur Einkommenssteuer heranzuziehen. Die verbündeten Regierungen haben bereits das Neueste getan, indem sie die Schiffssteuer für das Reich hergegeben haben.

Bebel (Soz.): Wir werden den Antrag der Freisinnigen zu stimmen. Man vermisst im Volke die Opferwilligkeit der besitzenden Klassen. Beifällig der Marine wird Deutschland nach seiner ganzen Lage stets in der Defensive bleiben müssen.

v. Oldenburg (fr.): Wenn man Bebel über die ausländischen Verhältnisse sprechen hört, dann kann man nur bedauern, daß er nicht Gelegenheit habe, sich als Reichsfanatiker zu blamieren. Die Konservativen seien es gewesen, die immer ihre Hand geregt haben, wenn es galt, die Widerstandsfähigkeit des Volkes zu stärken. Sie wollten, daß eines Tages die Siegesallie noch einmal ein Denkmal mit Schiffsschnäbeln erhalten wird. Möge der Reichstag von 1906 sich seiner Aufgabe gewachsen zeigen.

Nachdem noch Sprahn die Haltung des Zentrums vertheidigt hat, wird die Diskussion geschlossen.

Die Abstimmung über den Antrag Abloß ist namentlich; es werden im ganzen 168 Stimmen abgegeben: davon 68 für und 95 gegen den Antrag Abloß bei 5 Stimmenthaltungen.

Das Haus ist also nicht beschlußfähig und die Verhandlung muß abgebrochen werden.

Wichtigste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Tagordnung: Wohlpflichten, Marine- und Militäretat.

*/ Berlin. Die Steuerkommission des Reichstages ging gestern zur zweiten Lesung des Zigarettensteuergesetzes über. Abg. Dr. Jäger referierte über die Beratungen der Sudetkommission, die beschlossen hat, bei der Banderolsteuer zu blättern. Bei der Abstimmung wird der Antrag Müller-Zulda dahingehend, zu § 2, Abloß 1, anstatt 2 M. für 1000 Stück 1,50 M. und anstatt 2 M. für 1000 Stück 2,50 M. zu sehen, mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen.

*/ Berlin. Die Budgetkommission des Reichstages nahm gestern einen Antrag Hompesch an, wonach die Regierung die sofortige Löschung aller über ein Jahrzehnt hinausgehenden Verträge über Lieferungen für die Schutzgebiete herbeiführen soll.

Bom Landtag.

zw. Die Zweite Kammer beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem von der Zweiten Kammer abgeänderten Statut der "Leipziger Zeitung" und des "Dresdner Journal", wobei besonders die Umgestaltung des leipzighanischen Blattes besprochen wurde.

Kammerherr Dr. v. Preysig-Welthaus auf Ahlmaendorf hieß das Bestehen der beiden Regierungsorgane im bisherigen Umfang für ganz unerlässlich.

Kammerherr v. Schönberg auf Mockritz betonte, die Erfahrung werde die Rücksicht zu dem gewöhnlichen Zustand zeitigen.

Abg. Rat Dr. Scheldt hörte, daß das "Dresdner Journal"

nur unerheblich bedeutsam werde durch die getroffenen Verbündungen und daß man auf eine Steigerung der Abonnentenzahl hoffen könne.

Hieraus resultierte die Kammer den Entwurf der "Leipziger Zeitung" einstimmig und den Entwurf des "Dresdner Journal" gegen 12 Stimmen. Weitere Abstimmung auf der Tagordnung verschieden von der zweiten Kammer. (Beifall links.)

Landesbeamter Dr. Baumgärtel auf Rücksicht hörte, daß das Statut für den Staat nicht verleihe, eine Verpflichtung desselben.

Abg. Finanzrat a. D. Dr. Ing. Graetz-Dresden erwiderte, daß sich das Gesetz mit 121 Prozent vergleicht und daß der Staat das Oberhaupt nicht erreicht habe, um ein Geschäft dabei zu machen.

Die Abstimmung ergab die Bewilligung des geforderten Mittels.

Weiter bewilligte das Haus in Übereinstimmung mit der zweiten Kammer ohne Debatte das direkt Steuern bzw. Staatsfazit und stimmte einer größeren Anzahl Staatsverschreibungen der Finanzperiode 1902/03 zu.

Wichtigste Sitzung: Mittwoch, vormittags 11 Uhr. Tagordnung: Statut und Reichsstaatsbericht, 2 Decrete.

zw. Die Zweite Kammer nahm in ihrer gestrigen Sitzung das Dekret über die Überlassung staatlicher Güter an die Stadtgemeinde Dresden, den Verkauf und Kauf von Eisenbahnen anlagen in Dresden, sowie den Verkauf Eisenbahnen Güterbahnen in Dresden-Kreis und die Auslegung des § 18 des Gesetzes über den Staatsaufbau vom 1. Juli 1904 für Veränderungen im Bereich der Staatsverwaltung gegen 4 Stimmen an, bewilligte dann in Schlussberatung über Artikel 4 des außerordentlichen Staats, die Mittel zur Umgestaltung der Verkehrsstellen Dresden und Görlitz, sowie einer eingeschränkten Ausübung zwischen Postgeschäften und Station 116 DW, ferner die Mittel zur Errichtung von Allgemeinen Regierungs- und Verwaltungsangelegenheiten. Zu dem das Meteorologische Institut bzw. Observatory beantragte die Finanzkommission A die Bewilligung von 500 750 M. noch 100 000 M. Nach kurzer Debatte wurden die Mittel einstimmig bewilligt.

Schließlich stand noch auf der Tagordnung der Staat des Landes an.

Vater (fr. Vp.) vertrat die Wünsche des Pflegepersonals um Aufbesserung ihres Einkommens und forderte Einschränkung der Gefangenearbeit, die Gewerbetreibenden und Handwerkern als Konkurrenz blüht empfohlen werden.

Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Apelt legte die Erfüllung der Hauptwünsche des Pflegepersonals zu und teilte mit, daß die Regierung auch den Wünschen der Handwerker bezüglich der Gefangenearbeit Rechnung zu tragen sucht. Die vollständige Arbeitsabschaffung in den Gefangenenhäusern würde eine große Hilfe gegen die Gefangenen bedeuten und dem Staat einen jährlichen Aufschluß von 900 000 M. bringen. Die Landesarbeitsanstalten arbeiten lediglich für ihren eigenen Bedarf.

Darauf nahm die Kammer den einflussreichen Staat der Landes-

aufnahmen an und überwarf die Petition des Pflegepersonals der Staatsregierung zur Kenntnisnahme.

Wichtigste Sitzung: Mittwoch, vormittags 10 Uhr. Tagordnung: Staat und Petitionen.

Abg. Plauen i. V. Wie der "Bund. Anz." meldet, ist heute früh der konservative Landtagsabgeordnete Bunde, Altersgenosse aus Görlitz bei Bartholomäus, im 55. Lebensjahr nach schwerem Leiden gestorben.

Wichtigste Sitzung: Mittwoch, vormittags 10 Uhr. Tagordnung: Staat und Petitionen.

Abg. Plauen i. V. Wie der "Bund. Anz." meldet, ist heute früh der konservative Landtagsabgeordnete Bunde, Altersgenosse aus Görlitz bei Bartholomäus, im 55. Lebensjahr nach schwerem Leiden gestorben.

Wichtigste Sitzung: Mittwoch, vormittags 10 Uhr. Tagordnung: Staat und Petitionen.

Abg. Plauen i. V. Wie der "Bund. Anz." meldet, ist heute früh der konservative Landtagsabgeordnete Bunde, Altersgenosse aus Görlitz bei Bartholomäus, im 55. Lebensjahr nach schwerem Leiden gestorben.

Wichtigste Sitzung: Mittwoch, vormittags 10 Uhr. Tagordnung: Staat und Petitionen.

Abg. Plauen i. V. Wie der "Bund. Anz." meldet, ist heute früh der konservative Landtagsabgeordnete Bunde, Altersgenosse aus Görlitz bei Bartholomäus, im 55. Lebensjahr nach schwerem Leiden gestorben.

Wichtigste Sitzung: Mittwoch, vormittags 10 Uhr. Tagordnung: Staat und Petitionen.

Abg. Plauen i. V. Wie der "Bund. Anz." meldet, ist heute früh der konservative Landtagsabgeordnete Bunde, Altersgenosse aus Görlitz bei Bartholomäus, im 55. Lebensjahr nach schwerem Leiden gestorben.

Wichtigste Sitzung: Mittwoch, vormittags 10 Uhr. Tagordnung: Staat und Petitionen.

Abg. Plauen i. V. Wie der "Bund. Anz." meldet, ist heute früh der konservative Landtagsabgeordnete Bunde, Altersgenosse aus Görlitz bei Bartholomäus, im 55. Lebensjahr nach schwerem Leiden gestorben.

Wichtigste Sitzung: Mittwoch, vormittags 10 Uhr. Tagordnung: Staat und Petitionen.

Abg. Plauen i. V. Wie der "Bund. Anz." meldet, ist heute früh der konservative Landtagsabgeordnete Bunde, Altersgenosse aus Görlitz bei Bartholomäus, im 55. Lebensjahr nach schwerem Leiden gestorben.

Wichtigste Sitzung: Mittwoch, vormittags 10 Uhr. Tagordnung: Staat und Petitionen.

Abg. Plauen i. V. Wie der "Bund. Anz." meldet, ist heute früh der konservative Landtagsabgeordnete Bunde, Altersgenosse aus Görlitz bei Bartholomäus, im 55. Lebensjahr nach schwerem Leiden gestorben.

Wichtigste Sitzung: Mittwoch, vormittags 10 Uhr. Tagordnung: Staat und Petitionen.

Abg. Plauen i. V. Wie der "Bund. Anz." meldet, ist heute früh der konservative Landtagsabgeordnete Bunde, Altersgenosse aus Görlitz bei Bartholomäus, im 55. Lebensjahr nach schwerem Leiden gestorben.

Wichtigste Sitzung: Mittwoch, vormittags 10 Uhr. Tagordnung: Staat und Petitionen.

Abg. Plauen i. V. Wie der "Bund. Anz." meldet, ist heute früh der konservative Landtagsabgeordnete Bunde, Altersgenosse aus Görlitz bei Bartholomäus, im 55. Lebensjahr nach schwerem Leiden gestorben.

Wichtigste Sitzung: Mittwoch, vormittags 10 Uhr. Tagordnung: Staat und Petitionen.

Abg. Plauen i. V. Wie der "Bund. Anz." meldet, ist heute früh der konservative Landtagsabgeordnete Bunde, Altersgenosse aus Görlitz bei Bartholomäus, im 55. Lebensjahr nach schwerem Leiden gestorben.

Wichtigste Sitzung: Mittwoch, vormittags 10 Uhr. Tagordnung: Staat und Petitionen.

Abg. Plauen i. V. Wie der "Bund. Anz

und nach dies Munt hat ihm rest der Tod auf den Händen genommen, ebenso das, was er als Mitglied der Realschul-Kommision seit Bestehen dieser Anstalt inne hatte und treu verwaltete. Die vorzüglichste Eigenschaft des Herrn Reichsanwalt Reinholdt brachte mit sich, daß ihm königliche Huld nicht minder Ehrenmittel „Justizrat“, sondern auch das Ritterkreuz 1. Klasse des Albrechtsordens verlieh. Seit längerer Zeit von hundertfachen Leiden befallen, hat Herr Justizrat Reinholdt noch immer seine Kräfte nach Möglichkeit dem Berufe gewidmet, bis er vor einigen Wochen an das Krankenbett gebannt wurde, daß er nicht wieder verlassen sollte. So ist er nun heute in früher Morgenstunde heimgegangen zu einem besseren Stein, zu den Helden, da Leiden und Schmerzen überwunden sind, als der besten unter uns Bürger einer: Treu seinem Gott, treu seinem König, treu seiner Stadt, treu seiner Familie, seinem Berufe und sich selbst! Er ruhe in Frieden! — Bei Schluss der Redaktion gehen uns zu den Personalien des Herrn † Justizrat Reinholdt noch folgende Einzelheiten zu: „Nach vollendetem Studium begann R. seine Laufbahn als Geheimrat beim vormaligen Stadtkreisamt und bezog, Beiratgericht Leipzig (April 1856 bis Januar 1858), wurde darnach beim Gerichtsamt Grimma (1. 7. 58) und vom Oktober 1858 beim Gerichtsamt Frankenberg als remunerierter Protokollant beschäftigt und fungierte vom 1. April 1859 an als Amtsschreiber. Nach Verordnung vom 26. Juli 1867 hatte von da an Herr Reinholdt das Amtsschreiberamt zu führen.“

tgbd. Aus der Bürgerschule wird uns geschildert: Am Montag und Dienstag sind zwei Männer zur letzten Ruhe bestattet worden, die 30 und mehr Jahre im Dienste unserer Stadt gestanden haben und in vieler Beziehung mit ihr vertraut waren: die Herren Richter Straßberger und Oberlehrer Seidel. Aus dem Leben und Wirken beider heben wir kurz folgendes hervor: Herr Straßberger, * 9. Mai 1841 in Freiberg, stammte aus einem zwar mit Kindern reich gesegneten, nicht aber mit Glücksglückern bedachten Hause. Um sich die Mittel zur Vorbereitung auf den Lehrerberuf zu erschwingen, ward er Buchhändler und erparpte sich als Gehilfe so viel, daß er im Alter von 21 Jahren den Besuch des Seminars mögen konnte. Doch ein Unglücksfall leerte seine schmucke nicht reiche Kasse in einem Jahre so, daß er eine sich bietetende Gelegenheit ergreifen und eine Stelle als Lehrer in der deutschen Bergmannskolonie Wolketschloß im Gouvernement Orenburg annehmen mußte. Dort, an der Grenze Asiens, hat er sein Studium mit so rastlosem Fleiß fortgesetzt, daß er nach vier Jahren ins Vaterland zurückkehrte und sich der Kandidatenprüfung unterziehen konnte. Nach zweijähriger Verwaltung der Schulstelle zu Sand bei Freiberg legte er die Wahlpflichtsprüfung ab und wurde Lehrer in Böhmen bei Döbeln. Bei Gelegenheit der Umgestaltung unserer Schule im Jahre 1876 wurde er nach Frankenberg berufen. Haltte ihn früher die Not nach Osten getrieben, so trieb ihn bereits 1878 sein Bildungsdrang nach Westen. Er ging ½ Jahr nach Frankreich, um sich als Lehrer der französischen Sprache auszubilden. Nach seiner Rückkehr bestand er die Hochlehrprüfung und hat bis zu seiner Amtsniederelegung an unserer Bürgerschule und Handelschule den französischen Unterricht erteilt. Eine lange Reihe von Jahren war er Leiter des Webeschule und Vorsitzender des Bezirksschulvereins. Nach mehrfachen Beurlaubungen zwang ihn endlich 1896 ein Halstumor, seine Emeritierung nachzusuchen. Er erhielt die gerade zur Erdigung gekommene Richterstelle. Mit 1. Juli d. J. wollte er in den Ruhestand treten; doch auch das war ihm nicht verdonn. Mitten in anstrengender Tätigkeit wurde er aus einem Leben, reich an Arbeit und Sorgen, abgerufen. — Gleichmäßiger und ruhiger war der Lebensgang des Herrn Oberlehrer Seidel. Er war geboren den 11. November 1848 in Döbba i. B. Entzehrung und harde Arbeit lernte auch er im Vaterhause aus eigener Erfahrung kennen. Er erhielt seine Vorbildung im Seminar zu Blauen, wurde 1869 als Hülfslehrer hier und 1871 als ständiger Lehrer angestellt. Im Kriege 1870 und 71 war er als Fronzogressist nach Dresden und Königsberg kommandiert. 1874 nahm er an einem Turnerbildungskursus in Dresden teil und bestand die Hochprüfung. Darauf hat er eine längere Reihe von Jahren den Turnunterricht an seiner Realschule und bis zu seiner Pensionierung den Mädchenturnunterricht an der Bürgerschule erfüllt. Länger als 10 Jahre war er Leiter der Frauenarbeitschule; von 1899 bis 1904 gehörte er dem Stadtverordnetenkollegium an. Ein heimütisches Darmleiden zwang ihn, mit dem 31. Juli 1905 in den Ruhestand zu treten, nachdem er 30 ½ Jahr an gleicher Schule gewirkt hatte. Sein Ruhestand wurde leider zu einem vielmöglichen, qualvollen Schmerzenslager.

† Der Feuerwehrverein ist zugelassen worden zwischen Frankenberg und Liebsch (Gebühr 50 Pf.). Leipzig (50 Pf.), Noda, S.-A. (50 Pf.). Kiel mit Holtenau — nur in verschied. schwacher Zeit — (1 Mt.).

— Dresden. Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich ist gestern mittag 1 Uhr in Begleitung des Kaisers von Österreich hier eingetroffen. Zur Begrüßung am Bahnhof waren König Friedrich August, Prinz Johann Georg, der Staatsminister und das diplomatische Corps erschienen. Die Begrüßung war überaus herzlich. Unter dem Jubel der Bevölkerung begaben sich der König und der Erzherzog in einem à la Daumont bespannten Wagen nach dem Residenzschloß. Die übrigen Veranstaltungen verließen dem hierzu aufgestellten Programm entsprechend.

— Oschatz. Das Kriegsgericht Leipzig verurteilte den Bismarckmeister Thiemer von der 2. Eskadron des hiesigen Ulanen-Regiments wegen Versäumung Minderjähriger zu 14 Monaten Gefängnis und Degradation. Es handelt sich um Mädchen, die bei Thiemer in Dienst gestanden haben. Bei der Verhandlung kam es zu einem Zwischenfall, als zwei Belastungszugrinnen dieselbe Beihuldigung gegen Thiemer erhoben, denen er angeklagt war, und gleichzeitig mitteilten, daß Thiemer versucht habe, sie zu falschen Aussagen zu veranlassen. Es dürfte demnach ein Verfahren gegen Thiemer wegen verschuldetter Verleumdung zum Steindest bevorstehen.

— Leipzig. Die Arbeiterschaft des gesamten Transportgewerbes hat sich der Lohnbewegung der Speditionsarbeiter angeschlossen. Sie fordern zehntägige Arbeitheit, 25 Pf. Wochenlohn, steigend bis zu 28 Pf., und erwarten die Entschließung der Unternehmer bis zum 31. März. In Betracht kommen etwa 1500 Arbeiter.

— Meuselwitz. Auf den hiesigen Braunkohlenwerken sind 1400 Mann in den Streik eingetreten. Die Werksverwaltungen haben infolge des Streiks am Dienstag alle Lieferungen einstellen müssen, da Vorräte nicht vorhanden sind. Die Verwaltungen lehnen es nach wie vor ab, mit dem Agitationskomitee zu verhandeln und erkennen dessen Forderungen nicht an.

— Langenselbold i. B. Seit Sonnabend verschwanden ist

der hiesige Stadtrat angestellte Wassermeister Karl Störm. Der Sturm, weshalb er sich von hier entfernt hat, ist zunächst noch unbekannt. Er war beauftragt, die Wasserverschwendungsabenden zu kassieren. Ob und inwiefern Unregelmäßigkeiten in seiner Ausführung vorliegen, dürften die im Gange befindlichen Ermittlungen bald ergeben.

— Zwiesel. Unter den Nachlass des verstorbenen Bankdirektors Stöhr hier ist nunmehr das Konkursverfahren eröffnet worden. Stöhr hat, wie jetzt bekannt wird, nicht allein gegen 200 000 R. Bankgelder unterdrückt, sondern auch die Kosten einiger gemeinnütziger Vereine, die er zu verwalten hatte, schwer geschädigt. — Schultheiß Egelkraut in Boden feierte am 27. März sein 50jähriges Amts- und Dienstjubiläum.

— Aus dem benachbarten Böhmen. In der Josephstadt in Prag hat der 22 Jahre alte Schneiderzuhälfe Anton Smourek aus Ober-Slatov (Bezirk Klatovy) aus Eifersucht seine Frau aus, die 19 Jahre alte Domestinenzuhälfe Julie Przych aus Soběslav, Bezirk Ratibor, erschossen und dann sich selbst zu entleben versucht. Er fügte sich durch einen Messerstich aber nur eine unbedeutende Wunde zu, während der zweite Schuß versagte. Der Mörder wurde verhaftet.

Lagegeschichte.

Deutschland.

— Das Schicksal des Militärpensionsgesetzes. Mit einer frohen Osterbotschaft verkündet heute im „Tag“ Herr Dr. Brendt, daß das Zuständigkeitskomitee des Militärpensionsgesetzes für Mai-Juni ganz außer Zweifel steht. Leider sind wie verpflichtet, auf Grund zuverlässiger Informationen diese Botschaft als durchaus irrtig zu bezeichnen. Das Zentrum, das ja nun einmal der ausschlaggebende Faktor in der Militärpensionsfrage ist, hat dem Kriegsministerium gegenüber durch seinen Referenten Erzberger erklärt lassen, daß eine Beratung des Gesetzes auch nach den Osterferien in der Budgetkommission nicht stattfinden wird, bevor nicht zunächst das Schicksal der Steuervorlagen entschieden ist. Da aber das Zentrum alle Verkehrssteuern ablehnen wird, so ist eben tatsächlich die vom Zentrum geforderte Verkürzung für das Militärpensionsgesetz nicht vorhanden, und somit wird das Gesetz, das darf man schon heute als sicher annehmen, in dieser Tagung nicht mehr verabschiedet werden. Nach unseren Informationen ist es aber aufgeschlossen, daß die Regierung sich nach diesen Erfahrungen noch einmal entschließen wird, den Entwurf dem Reichstag vorzulegen.

— Wieder ein neues Steuerprojekt. Die „Dtsch. Tagezeitung“ empfiehlt anstatt der Reichsverbrauchssteuer eine Steuer auf die Gewinnanteile (Dividenden) der Aktiengesellschaften. Das Blatt bemerkt hierzu:

„Eine solche Dividendensteuer ist schon früher angeregt worden und hat auch Unterstützung von wissenschaftlicher Seite gefunden. Es sollen nicht die Binschneide der Staatspapiere, der Landwirtschaftsbücher, der kommunalen Mandatsscheine und der Obligationen versteuert werden, die lediglich eine sich gleichbleibende Vergütung gewähren, sondern die Anteilscheine an einem Gewinne, dessen Betrag alljährlich nach den Ergebnissen des Geschäftsjahrs festgestellt wird. Man könnte diese Steuer recht wohl als Stempelsteuer gestalten, sodass etwaige föderalistische Bedenken beseitigt würden. Besondere Schwierigkeiten würde die Einführung kaum bieten. Die Inhaber der Aktien dürften nur zum kleinsten Teile dem Mittelstand angehören; in der Haupthälfte findet sie in den Kreisen zu finden, die eine steuerliche Belastung oder vielleicht eine mäßige Minderung ihres Gewinns erzielen können.“

— Der Staat in Südwürttemberg.

— Sie bleiben die Alten, die Herren im ungarischen Ministerium. Das letztere hat, um dies zu bestätigen, gestern mittag folgendes Communiqué ausgegeben:

„Gegenüber den fortgeleiteten Meldungen von verschiedenen Seiten in Schön die ungarnischen Räuber hinsichtlich der politischen Fragen wird wiederholt und nachdrücklich betont, daß diese Meldungen willkürliche und grundlose Kombinationen sind.“

Frankreich.

— Aus dem nordfranzösischen Kohlenbezirk. Die westfälischen Rettungsmannschaften sind gestern nach Deutschland übergezogen. Nur noch zwei sind zurückgeblieben, um die Rettungsarbeiten, die noch fortgeführt werden, zu leiten, und den französischen Rettungsmannschaften, die von ihnen herangebildet wurden, behilflich zu sein. — Die Zahl der Streitenden hat bedeutend abgenommen, sie beträgt nur noch 27 000. Man erwartet, daß das heutige Referendum eine bedeutende Mehrheit zugunsten der Wiederaufnahme der Arbeit ergeben wird.

Bon der Marokko-Konferenz.

Eine Berliner Zeitschrift der „Südost. Reichsblatt.“ erklärt unter der Überschrift „Zum Abschluß von Algiercas“:

„Es war ein Akt des Entgegenkommens, daß Deutschland den Abschluß des österreichischen Delegations noch allseitig günstiger Aufnahme in Algiercas durch seine Vertreter bei den Signatarien in verständigem Geiste als eine sich und annehmbare Grundlage der Beistellung bezeichnet haben. Der „Tempo“ hat es fertig gebracht, diese bereitwillig angebotene Hilfe zu einem Einigungsbuch in eine Bedrohung Frankreichs umzuwandeln.“

So unheilich die Kampfschweile des betreffenden Artikels auch ist, daß eine lädt sich aus der Reihe der „Tempo-Angriffe“ zur Beherigung entnehmen, daß die von manchen inländischen Politikern leichtlich vorausgezogene günstige Stimmung für ein Zusammengenügen mit und in den für die Behandlung der marokkanischen Frage tonangebenden Kreisen Frankreichs keineswegs vorhanden ist. Unter solchen Umständen hätte der so verlockend anfangende Abschluß einer deutsch-französischen Sonderunterhaltung sich leicht ins Unwesame verlieren können. Es ist besser, wie bleiben auf der getroffenen Straße international geltender Feststellungen. Eben weil die französischen Marokko-interessenten die Erfahrung machen möchten, daß die Bindung durch Konferenzbeschlüsse schärfer wirkt, als Spezialverträge, haben sie sich so hartnäckig gesträubt, eins gegen die Konferenz, dann gegen jede Bestimmung, die von dem Programm „Marokko für Frankreich“ ein Stück abdrücken lädt, gegen das internationale Element, dessen Stärkung der Grundzug des deutschen Vorgehens ist. Von diesem Prinzip werden wir uns nicht abdringen lassen.“

— Algiercas. Der offizielle Bericht über die zeltige Sitzung beginnt: Der neue Text des Artikels 20 des Bankprojekts, betr. die Besetzung der Staatsbank, wurde angenommen. Genauso wurden von dem vom Redaktionskomitee bearbeiteten Polizeiprojekt Artikels 1, 2, 4, 5, 9 und 10 angenommen; die Artikel 3, 6, 7 und 8 wurden zurückgestellt, da mehrere Delegierte noch Institutionen ihrer Regierungen erwarteten, teils unter Vorbehalt eingingen. Die Institutionen der Regierungen angenommen. Artikel 11, betr. die Verteilung der französischen und spanischen Inspektionsoffiziere und Unteroffiziere auf die marokkanischen Höfe, wird in der nächsten Sitzung am Donnerstag vormittag beraten werden. Heute vormittag ließ die Redaktionskommission. Bei dem Schluß der getroffenen Konstitutionslösung sprach der Herzog von Almodóvar die Meinung aus, daß eine Einigung erreicht sei, und betonte die glückliche Einwirkung auf den Abschluß (?) der Konferenz.

Bermischtes.

* Notizen. In der letzten Versammlung des deutschen Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe zu Köln erklärte der Vorsitzende, daß für den 1. Mai ausgedehnte Arbeitsentnahmen zu erwarten seien, da die Verhandlungen mit den Arbeitnehmern, obgleich höhere Alltagslöhne sowie höhere Stundentypen zugestellt werden, zu keinem Ergebnis geführt haben. — Der Arbeiter Holz in Würzburg hat bei Eisen erschossen den Liebhaber seiner Frau, worauf er von einem seiner Kostgänger durch einen Revolver tödlich verletzt wurde. — Das Schwurgericht Zweibrücken verurteilte den 27-jährigen verheirateten Fabrikarbeiter Engel aus Marienthal wegen Ermodung seines eigenen Vaters zu lebenslänglichem Gefängnis. Die mitangestellte Mutter Engels wurde freigesprochen.

— Erzherzogin Maria Josefa, Gewählte des Erzherzogs Otto und Schwester des Königs von Sachsen, hat sich gestern vormittag in einem Wiener Sanatorium einer Blinddarmpfehlung unterzogen, welche einen glatten Verlauf nahm. Das Gefinden ist den Umständen nach angemessen und zufriedenstellend. — Zwischen Dover und St. Marguerite droht ein Einsturz der Kreidefelsen. Es zieht sich ein Riß von hundert Metern; etwa zwei Millionen Tonnen Felsen drohen niederzugehen. — Auf den Balkan sind vorgestern ein heftiges Erdbeben statt. Der italienische Dampfer „Francisco Gio“ standete bei heftigem Sturm. Infolge des hohen Seganges konnte keine Hilfe gebracht werden.

Telegramme und Neueste Nachrichten.

h. Chemnitz. In der gestrigen Generalversammlung des Spar- und Kreditvereins Chemnitz m. u. h. wurde beschlossen, die Genossenschaft in eine Spar- und Kreditbank m. b. h. umzuwandeln. Das Kapital beträgt über 7 Millionen Mark. Darin hastet jedes Mitglied außer seinem Geschäftsanteil in Höhe von 1000 R. nun noch mit weiteren 1000 R.

h. Leipzig. Die Bergverwaltung des Meuselwiger Reviers fordert die aufzuhaltenden Bergarbeiter auf, bis Freitag die Arbeit wieder aufzunehmen. Für diesen Tag sind gemeinsame Beschlüsse sämtlicher Bergwerke zu erwarten.

h. Bitterfeld. Da die Drahtzieher in den Streik getreten sind, hat die Direktion des hiesigen großen Drahtfabrik sämtliche Arbeiter ausgesperrt und den Betrieb des Stahlwerks vollständig eingestellt.

h. Brixen. Die erste nordböhmische Papierfabrik in Brixen-Eichenholz an der sächsischen Grenze wurde gestern ein Raub der Flammen. Der Schaden ist bedeutend.

h. Bens. Die Gruben-Gesellschaften des Departements von Pas de Calais haben ihre Rettungsmannschaften nunmehr nach deutschem Muster organisiert.

h. Paris. Der im „Josephinen“-Schock in Courrières ausgebrochene Brand ist durch die gänzliche unzureichende Luftzufuhr-Regulierung veranlaßt worden. Die Ingenieure sind jetzt ratlos, weil die Aufführung von Dämmen, wie sie anderthalb sich bewährt hat, hier ergebnislos blieb. Abends nahm der Brand noch weitere Ausdehnung an.

h. Petersburg. Hier nimmt die Unsicherheit in erschreckender Weise zu. Viele Wohnungen werden nachts von Räubern heimlich in der Kosakenstrasse überfallen. Gestern überfiel eine Bande etwa eine Stunde lang alle Passanten und raubte sie aus, ohne daß die Polizei eingriff (?). Gestern jedoch wurde ein Überfall auf die Sparkasse von der Polizei vereitelt.

Die Frauennelt wird es interessieren, zu erfahren, daß vor kurzem auf der „Internationale Ausstellung der Künste“ in Brüssel die in den westlichen Kreisen beliebte „Moden-Zeitung fürs Deutsche Haus“ (Verlag von W. Boden u. Co., Berlin und Leipzig) mit der goldenen Medaille ausgezeichnet wurde. Diese Auszeichnung ist ein Beweis dafür, daß das weitverbreitete Brauen und Modenblatt zugleich billiges Preisgeld geworben hat. — Da lieben ein neuer Jahrgang beginnt, ist gerade jetzt die beste Gelegenheit zu einem Probe-Abonnement auf die „Moden-Zeitung fürs Deutsche Haus“, die abwechselnd in der einen Woche ein Modenfest mit Schalltafeln und in der anderen Woche ein Unterhaltungsfest mit Preis von 15 Pf. und in der darauf folgenden Woche ein Unterhaltungsfest für 10 Pf. bringt. Die Modenblätter enthalten alle jährlich zehn 18x10 Modelle, jenseitig jedes Heft gediegne, spannende Romane unserer besten Schriftsteller, sowie gute Beilagen. Alle jetzt neu hinzutretenden Abonnenten erhalten den bereits zum Absatz gebrachten Teil des Romans „Zum Frieden“ von Hilde v. Selson gratis nachgeliefert. Unsere Leserinnen mögen den unsrer Zeitung dellsigenden Prospekt der „Moden-Zeitung fürs Deutsche Haus“ freundlich beachten. Eine Bestellkarte ist dem Prospekt beigelegt.

Frankenberger Kirchennachrichten.
Freitag, den 30. März, Nachm. 7/2 Uhr: Seßhunde. — Abends 8 Uhr: Päfsons-gottesdienst; Archidiakonatskirche Ober.

Ich danke schön für Frühlingslüste.

Wen ich mir nicht anderes als Gefällungen bringe. Man weiß kaum, wie man sich angeln soll und doch hat man unerreichens den schönen Naturweg. — Stimmt, mein Jung! Aber darum keine Weisheit von deinem Freund und Nähe den Rat: Kaufe Hoy's eige Sobener Mineral-Wasser! Brillant gegen Gefällungen, jog ich dir! Hast du mich je hören hören? Nein? Na also, das verdant ich nur den Sobenern. In jeder Apotheke, Drogerie, und Mineral-Wasserhandlung zum Preise von 25 Pf. per Schüssel erhältlich.

Seine Damen-Konfektion,
Fertige Mädchen- u. Knaben-Garderobe,
Solide Damen-Kleidersstoffe
empfiehlt bei fortgesetztem Eingang von Neuheiten in grösster Auswahl zu billigsten Preisen
Bruno Schellenberger, Chemnitz.

